Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin
Dezember 2013

In dieser Ausgabe:

Kreisparteitag	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Meinungen	Seite 7
Aktionen	Seite 8

Gesamtmitgliederversammlung

Der Kreisvorstand hat die Gesamtmitgliederversammlung für den 17. Januar 2014, 17.30 Uhr in die Gaststätte Ritterstuben einberufen. Schon jetzt sind alle Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen.

Kreisparteitag

Auf dem Kreisparteitag wurden die Delegierten für den Bundesparteitag gewählt. Kreisvorsitzender Peter Brill wertete in seiner Rede die Bundestagswahl aus und nahm inhaltlich Kurs auf die Kommunalwahl. Helmut Holter berichtete über die politische Situation im Land. Die Große Koalition fährt auf Sicht und kümmert sich nicht um die Probleme der Menschen vor Ort. Mit einer ebenso drohenden Großen Koalition auf Bundesebene droht eine Politik ohne Visionen. Fraktionsvorsitzender der Stadtfraktion, Gerd Böttger, gab einen Ist-Zustand der politischen Lage in der Stadt. Die SPD hat nur ein Ziel - die Oberbürgermeisterin zu bekämpfen - und das auch auf Kosten der Stadt. Angelika Gramkow nutzte den Parteitag, um Geschehnisse der letzten Zeit erklären zu können, da dies ja leider in der örtlichen Presse nicht möglich ist.



Unsere Delegierten für den Bundesparteitag



Der Bundesrat hat beim Bundesverfassungsgericht einen neuen Verbotsantrag gegen die rechtsextreme NPD eingereicht. Darin zeigen die Länder Parallelen zwischen der Ideologie der NPD und den Nationalsozialisten auf. DIE LINKE unterstützt ein Verbot der NPD. Es ist aber kein Ersatz für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus.

"Ich bedauere, dass der Bundestag und die Bundesregierung nicht den gleichen Schritt gehen. Eigentlich müsste die SPD sich in der höchstwahrscheinlich kommenden Großen Koalition für eine Beteiligung der Bundesregierung einsetzen. Auch der Bundestag muss noch einmal entscheiden, denn die schärfste Gegnerin des Verbotsverfahrens, die FDP, gehört dem Bundestag nicht mehr an und kann auch die Union nicht mehr binden", fordert Gregor Gysi.

Er sei "grundsätzlich der Meinung, dass eine Gesellschaft viele Parteien aushalten muss", so Gysi. "Aber die NPD überschreitet die Grenzen, was wir uns als deutsche Gesellschaft nicht leisten sollten. Und deshalb bin ich für ein Verbot der NPD." Eines müsse aber auch klar sein: "Gelänge das Verbotsverfahren, lösten sich die Nazis nicht einfach in Luft auf. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus muss noch zielstrebiger geführt werden. Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit müssen ohne eine fehlerhafte Extremismusklausel finanziell abgesichert und inhaltlich ausgebaut werden", mahnt der Fraktionsvorsitzende.

Ein solches Verbot würde die Nazis von staatlichen Geldern in Millionenhöhe für ihre rassistische Hetze abschneiden. Es würde deutlich machen, dass Faschismus eben keine legitime Meinung ist, sondern geächtet werden muss.

Eine verlässliche Förderung von Initiativen gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mahnen ebenfalls der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Zentralrat der Juden an. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau unterstützt die Forderung: "Es gehört zu den zentralen Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zum NSU-Desaster: Gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Demokratie und Toleranz müssen endlich hinreichend und verlässlich gefördert werden. Dazu müssen die bisher bereitgestellten Mittel verdoppelt werden. Außerdem ist die Förderung auf die alten Bundesländer auszudehnen.

Wort zum Monat



Von Peter Brill

Es weihnachtet sehr

Ein Jahr neigt sich dem Ende und für unsere Partei war es ein erfolgreiches Jahr. Vor allem, weil es uns gelungen ist, Grabenkämpfe und Schattenboxen innerhalb unserer Partei zu beenden. Ich denke daher, wir sollten uns vornehmen, im neuen Jahr auch dieser Erfahrung zu folgen und so weiterzuarbeiten. Denn ohne diese eigentliche Selbstverständlichkeit in einer Partei, hätten wir es nicht geschafft, drittstärkste politische Kraft in Deutschland zu werden.

Mittlerweile wird über die Bundestagswahl nicht mehr gesprochen, die Europa- und Kommunalwahlen rücken in den Vordergrund. Der Landesparteitag hat kommunalpolitische Grundsätze beschlossen. Deutlich wurde Achtung und Respekt gegenüber der Tätigkeit unserer Mandatsträger auf der kommunalen Ebene und der Dank unserer Landvorsitzenden für die geleistete Arbeit. Diesem Dank möchte ich mich als Kreisvorsitzender sehr herzlich anschließen. In der Stadtfraktion wird tatsächlich eine gute Arbeit geleistet und die Bedingungen sind nicht einfach dafür. Insbesondere die SPD versucht mit immer neuen Anträgen die Oberbürgermeisterin vorzuführen, ob sie dabei tatsächlich auch im Interesse der Stadt arbeitet, ist ihr dabei ganz egal. Spätestens als die SPD fragte, ob der Fall Klatt nicht ein Fall Gramkow wird, wurde auch hier das politische Interesse deutlich. Die Kommunalwahlen werfen auch hier ihre Schatten voraus. Natürlich hofft die SPD, das Ansehen unserer Oberbürgermeisterin zu beschädigen, um so für sich in der Kommunalwahl eine höhere Zustimmung zu erreichen. Ob dies gelingt, wird auch von uns abhängen. Eine besondere Verantwortung kommt dabei unserer Fraktion zu. Kritik und Auseinandersetzung, wenn sie notwendig werden und wir unter uns sind und Solidarität in der Öffentlichkeit. So sollte es auch im neuen Jahr weitergehen.

Der Kreisparteitag hat getagt und die Delegierten zum Bundesparteitag gewählt. Die erste Tagung wird im Übrigen unser Wahlprogramm zur Europawahl beschließen. Delegierte unseres Kreisverbandes sind Angelika Gramkow und Karin Schmidt sowie Peter Brill und Helmut Holter. Als Ersatzdelegierte wurde Erika Sembritzki gewählt.

Am 17. Januar wird die Gesamtmitgliederversammlung unseres Kreisverbandes die Vertreterinnen und Vertreter zur Vertreter_innenversammlung zur Wahl der Europaliste bestimmen und mit der Vorbereitung der Kommunalwahl beginnen. Ich lade Euch schon heute zu dieser Veranstaltung ein.

Dazwischen sind aber diese ganz besonderen Tage. Ich möchte das bevorstehende Jahresende nutzen, um mich bei Euch zu bedanken. Es war kein leichtes Jahr, aber mit Euch gemeinsam hat es doch auch Spaß gemacht. Genießt einen Glühwein auf dem schönen Weihnachtsmarkt, vielleicht kommt der Schnee und taucht ihn in eine ganz besondere Atmosphäre. Dann macht der Bummel richtig Spaß. Für die Weihnachtsfeiertage wünsche ich Euch angenehme Stunden im Kreise lieber Menschen. Genießt die Tage und freut Euch darauf, dass sie wieder länger werden. Für das neue Jahr seien Euch Kraft und Lebensfreude treue Begleiter. Ich wünsche uns Frieden, im Großen wie im Kleinen und uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Mit weihnachtliche Grüßen



Wer sollte das Quandt-Erbe antreten?

Leserbrief von Gerdt Puchta aus Rostock in der Ostseezeitung vom 27.11.2013,zur Forderung von Eckhart Rehberg die Linke sollte das Erbe des SED-Funktionärs ausschlagen:

Quants Ausruf bitte nicht verfälschen:
Wenn es ums Geld geht, ist es Herrn Rehberg auch eine kleine Geschichtfälschung wert. 1989 forderte der damals 86 Jahre alte Herr Quandt, emotional sichtlich aufgewühlt, die SED-Mitglieder, die "unsere Partei so in Schmach gebracht haben" - gemeint waren die Verantwortlichen im Politbüro- , "standrechtlich zu erschießen". Eine kurze Recherche im Internet belegt dies. Nicht dieses Quandt-Erbe, sondern eine Spende einer anderen Familie Quandt an die CDU, in der Summe etwa das Dreifache, sollte Herrn Rehberg bewegen.

Bundesweit nutzen Neonazis heute 260 Immobilien

Bundesweit nutzen Neonazis heute 260 Immobilien, davon die meisten in Sachsen (48), gefolgt von Thüringen (27) und Bayern (26). Ein Drittel davon befindet sich direkt im Eigentum der Neonazis, ansonsten sind diese gemietet, gepachtet oder regelmäßig für Schulungen oder Versammlungen genutzt. 98 sind unmittelbar der NPD oder ihren Teilorganisationen zuzuordnen, 38 werden von den Kameradschaften genutzt, 67 für Konzerte, 23 für gewerbliche Zwecke wie Szeneläden. Diese Angaben gehen aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. (siehe antifaschistische nachrichten Köln, 19/2013, S.6)
aus: Newsletter BAG Antifaschismus / Linke

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, das Offene Blatt wird sich im neuen Jahr verändern. Wir wollen mehr in die Öffentlichkeit gehen, um die Chance zu nutzen, den Schwerinerinnen und Schwerinern unsere politischen Alternativen aufzuzeigen, Entscheidungen der Stadt- sowie der Landespolitik zu erklären und ein Bild des Parteilebens zu vermitteln, dass Menschen den Weg in unsere Partei finden können. Aber es wird auch weiterhin einen Mitgliederteil geben, in dem wir "unter uns" Gedanken austauschen können, politische Entwicklungen bewerten können - sowohl innerhalb und außerhalb der Partei und uns auch weiterhin zum Geburtstag gratulieren können. Dafür möchten wir euch ermutigen, ein Teil des Offenen Blattes zu werden. Eine Mitgliederzeitung lebt von den Geschichten, Gedanken und Erfahrungen der Genossinnen und Genossen. Her damit und lasst uns allen daran teilhaben.

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

- Nach der Wahl ist vor der Wahl -

1. Tagung des 4. Landesparteitag in Greifswald



Die alte und neue Landesvorsitzende Heidrun Bluhm

Der neu konstituierte Parteitag steht ganz im Zeichen der vergangenen Bundestagswahlen. Die zweitägige Beratung wird von den namhaften Rednerinnen und Rednern für eine ausführliche Wahlanalyse genutzt. Mecklenburg-Vorpommern wird zukünftig von Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm und Kerstin Kassner im Bundestag vertreten sein.

Die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm hat das Wort. Heidi, wie sie von vielen Weggefährten liebevoll genannt wird, nutzt ihre Eröffnungsrede neben der Auswertung der Arbeit des Landesvorstandes auch zur Bewerbung für den Vorsitz im Landesverband. Nach einem Jahr und einem anderen - einem neuen Miteinander - stellt sie sich den anstehenden Herausforderungen im Land. Sinkende Mitgliederzahlen aufgrund der verfestigten Altersstruktur und damit einhergehende finanzielle Schwierigkeiten werden dem neuen Landesvorstand viel Kraft kosten. Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Heidi appelliert an all jene, die altersbedingt zur Kommunalwahl nicht mehr zur Verfügung stehen: Jede Genossin und jeder Genosse, die bzw. der geht, hat jemand Neues mitzubringen!

Diese Botschaft soll keineswegs als eine Phrase dahingestellt sein. Sie wird inhaltlich untermauert, u. a. durch die Anträge des Landesvorstandes. Zu diesen zählen die kommunalpolitischen Grundsätze der LINKEN sowie die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft Jungwahlkampf 2014, ein gemeinsamer Antrag mit der LAG „Junge Linksfraktion“, die zur Debatte stehen.



Herzlichen Glückwunsch an Karin Schmidt zur Wahl in den Landesvorstand

Die übliche Mittagspause muss jedoch noch warten. Es steht der Wahlgang des Landesvorsitzes aus. Genossin Regina Bärens vertritt Genossin Raeschke als Vorsitzende der Wahlkommission zur Erläuterung des Wahlprozederes. Elli ist leider krankheitsbedingt abwesend, ihr werden die besten Genesungswünsche bei dieser Gelegenheit ausgerichtet.

Die Wahlergebnisse für die Stellvertreter zeigen, dass der gesamte Landesverband hinter dem Projekt steht, die LINKE zu verjüngen: Genossin Rösler erhält 82,1 %, Genosse Griese wird mit 77,4 % bestätigt, Genosse Walther erhält für seine erste Kandidatur auf dieser Ebene 74,5 % der Delegiertenstimmen.
Zur Wahl der Landesschatzmeisterin steht ebenfalls ein bekanntes Gesicht als Kandidatin am Rednerpult. Genossin Gabriele Buchholz steht erneut für das Ehrenamt der Landesschatzmeisterin zur Verfügung.



Der neue Landesvorstand mit André Walther als stellvertretenden Landesvorsitzenden

Neben der Wahl von Vorstand und Kommissionen hat der 4. Landesparteitag auf seiner 1. Tagung das viel diskutierte Kommunikationskonzept beschlossen. Auch die Änderung über die Finanzordnung ist Gegenstand der Beratung gewesen sowie eine Verfügungsordnung und Grundsätze zur Finanzierung der politischen Arbeit. Diese sind u. a. der aktuellen Mitgliederentwicklung (derzeit ca. 4500) angepasst. Ebenfalls wurde die Entrichtung der funktionsbezogenen Mandatsträgerbeiträge erhöht und konkretisiert. Initiativen zur Solidarisierung mit den Beschäftigten des Einzelhandels sowie mit den Studierenden im Land wurden einstimmig unterstützt. Auch der aktuelle Brennpunkt bei der Gerichtsstrukturreform wurde in Form eines Dringlichkeitsantrages beraten. Die LINKE wird die Proteste in vollem Umfang unterstützen und ruft dazu die Basis ebenso auf.

Der Parteitag hat seinem neuen Vorstand und seinen Mitgliedern eine Menge Hausaufgaben mitgegeben. Die neugewählten Gremien werden ihre Arbeit aufnehmen. Die Partei ist in den realen und digitalen Netzwerken gut aufgestellt. DIE LINKE in MV wird sich den neuen – nicht immer einfachen – Informationswegen stellen.

André Walther



Helmut Holter zieht Bilanz über die Arbeit der Landtagsfraktion

Bericht aus dem Rathaus

Emotionale Diskussion zum Nahverkehr, Prüfauftrag durch unabhängiges Wirtschaftsinstitut beschlossen

Kamerateams von NDR und SN – TV, ein brechend voller Sitzungssaal, emotionale Debatten bis tief in die Nacht, das waren die Rahmenbedingungen für die Novembersitzung der Stadtvertretung. Hintergrund waren drei Themen, die bei den Schwerinerinnen und Schweriner seit längerem für Gesprächsstoff sorgen. Erstens, die Diskussionen um den vermeintlichen oder tatsächlichen Filz im Nahverkehr Schwerin, zweitens, die Zukunft der Jugendarbeit in Schwerin und drittens der Streit um die optimale Lösung für den neuen Hort an der Heinrich Heine Schule.

Gerd Böttger, Fraktionschef der LINKEN im Rathaus teilte in der Debatte kräftig aus. Natürlich müssten derartige Vorwürfe korrekt untersucht und aufgeklärt werden und so habe er als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke auch dafür gesorgt, dass diese einen ersten internen Prüfbericht für das Innenministerium verfasst hätten. Richtig sei auch, durch entsprechende Weichstellungen für die Zukunft auszuschließen, dass es eine derartige Dichte von Familienangehörigen in den Spitzenfunktionen des Unternehmens gebe. Und es sei notwendig, Veränderungen vorzunehmen, die aufgrund der teilweise sehr massiv geäußerten Vorwürfe zum Umgang zwischen Geschäftsführer und Teilen der Belegschaft im Raum stünden. Allerdings gehöre zur Wahrheit auch dazu, dass es sich nicht um aktuelle Vorgänge handele. Man müsse sich daher schon fragen, wer ein Interesse daran habe, diese Themen jetzt zum Skandal zu machen, zumal in der Vergangenheit weder der Betriebsrat die Betriebsvereinbarung mit der zweifelhaften Klausel zur Einstellung von Familienangehörigen beanstandet, noch jemals ein Vertreter der Kommunalpolitik im Aufsichtsrat Handlungsbedarf angemeldet habe. Unanständig nannte Gerd Böttger daher das Agieren von SPD Fraktionschef Meslien, der als stellvertretender Aufsichtsratschef heute so tue, als seien all diese Dinge für ihn Neuland. Am Ende der Debatte beschloss die Stadtvertretung, ein externes Unternehmen mit der Prüfung der Vorgänge bei der NVS GmbH zu beauftragen. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird sich die Stadtvertretung erneut mit dem Thema befassen.

Lärmschutz bei Zugdurchfahrten

Peter Brills Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Zwar räumte auch Lokführer und SPD Stadtvertreter Frank Fischer ein, dass es eine Lärmbelästigung gäbe, allerdings fahre die Eisenbahn seit mehr als 100 Jahren auf dieser Linie, während die Wohnbebauung erst später folgte. Somit müssten die Anwohner mit dem Lärm leben oder umziehen.

Nagelkunst soll bleiben

Ob man diese Form von Kunst nun mag oder nicht, einzigartig ist die Uecker Ausstellung auf jeden Fall. Und deshalb soll sie auch in der Landeshauptstadt bleiben, wie die Stadtvertretung beschloss. OB Angelika Gramkow soll im Sinne der Beschlussfassung Gespräche mit dem Kultusministerium führen.

Strategiepapier zur Jugendarbeit verabschiedet

Peter Brill warb in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses noch einmal für ein Strategiepapier, dass den Trägern der Jugendarbeit auch in den kommenden Jahren Planungssicherheit durch 3-Jahres-Verträge verschafft. Er erinnerte daran, dass man in Schwerin in Konkurrenz zu den alten Ländern stehe und die Träger daher Jahr für Jahr gut ausgebildete Sozialarbeiter verlieren würden. Verdenken kann man es den jungen Leuten nicht, haben sie doch anderenorts die Chance längerfristige Vollzeit - Anstellungen zu auch finanziell deutlich besseren Konditionen zu bekommen. Zudem sei erwiesen, dass Streichungen am präventiven Angebot der Jugendarbeit in der Konsequenz oft mehrfach teurere „Reparaturen“ erfordern. Die Stadtvertretung folgte ihm, in trockenen Tüchern ist die Sache damit aber noch nicht. Aufgrund der Haushaltslage der Stadt und der mit dem Strategiepapier verbundenen Mehrkosten muss Angelika Gramkow in ihrer Eigenschaft als Verwaltungschefin der Beschlussfassung widersprechen.

Krankenversicherungskarte für Asylbewerber wird geprüft

Eine gemeinsame Initiative starteten LINKE und SPD/Grüne. Mit der Einführung einer Chipkarte für Asylbewerber sollen Ungleichbehandlung und Bürokratie abgebaut werden. Bislang müssen die Betroffenen sich im Krankheitsfall erst Behandlungsscheine vom Sozialamt holen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. OB Angelika Gramkow soll mit einer Krankenkasse darüber sprechen, inwieweit diese künftig Leistungssteuerung und Betreuung der Asylbewerber übernehmen kann und welche Kosten sich damit verbinden. Dieses „Bremer Modell“ führte dort, wo es zur Anwendung kam zu keiner Ausweitung der Leistungen für Asylbewerber. Der Aufwand für die Vergabe der KV Karte liegt bei lediglich 8 EUR. Eine spezielle Kennzeichnung hält das Leistungsgeschehen transparent und schränkt Missbrauch ein, wie Erika Sembritzki für die LINKE betonte. Dies war auch eine deutliche Ansage in Richtung der CDU, von der in der Debatte die ewig gleichen Klischees bedient wurden.

Toilette am Spielplatz der Atolle und Rücknahme der SDS Kürzungen

Einen Teilerfolg landete die LINKE mit diesem Antrag. Denn die Forderung nach Rücknahme der Kürzungen bei der SDS traf auf vielfachen Zuspruch. Auch die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilette am Franzosenweg wurde mehrheitlich bejaht. In der Konsequenz ruderten selbst diejenigen zurück, die den Abbau von Papierkörben, Hundebeutelhaltern usw. durch ihre Initiative zur 10 Mio. EUR Sparliste zu verantworten hatten. Zwar wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt, jedoch eher aus formalen Gründen und unter Verweis auf einen damit einhergehenden Haushaltsvorgriff. Am selben Abend beschloss die Stadtvertretung jedoch, dass in den nächsten 5 Jahren ca. 400.000 EUR aus BUGA-Mitteln für die Pflege ehemaliger Flächen, wie der schwimmenden Wiese, aufgewendet werden sollen. Ob der Toilettenneubau kommt, wird in den Haushaltberatungen entschieden.

Linksfraktion wünscht Frohe Weihnachten!

Die Linksfraktion wünscht allen Mitgliedern und Unterstützern der Partei DIE LINKE sowie allen Schwerinerinnen und Schwerinern besinnliche Adventstage, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Bericht aus dem Rathaus

Heine Schule bekommt Hortneubau

Dass die Schule dringend eine Erweiterung der Hortkapazitäten braucht, darin waren sich alle Stadtvertreter einig. Streit gab es aber um die Frage, ob die Variante der Verwaltung oder der Alternativvorschlag der SPD Berücksichtigung finden soll. OB Angelika Gramkow und ihre zuständigen Mitarbeiter hatten über Monate gemeinsam mit der Kita gGmbH und anderen daran gearbeitet, eine Beschlussvorlage auf den Weg zu bringen, die Lehrern, Eltern und vor allem den Hortkindern hilft und die zudem mittels Städtebaufördermitteln kostengünstig umgesetzt werden kann. Diese sieht vor, auf den Grundstücken Werderstraße 66,68 und 70 einen Hort zu errichten. Dazu werden die Häuser 66 und 68 umgebaut und die Freifläche der Nummer 70 für Aktivitäten im Freien hergerichtet. Da diese allein dafür zu klein ist, soll partiell auch der Schulhof genutzt werden. Das störte die SPD, die ein mehrmaliges Queren der Werderstraße für unzumutbar hielt und daher auf dem alten Polizeigelände einen neuen Hort in Containerbauweise errichten wollte. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit. Zum einen ist nicht sicher, ob bei dieser Variante eine Förderung des Bauvorhabens überhaupt möglich ist, zum anderen würde dadurch unnötig Zeit verstreichen, da erst ein Bebauungsplan erstellt werden müsste. Auf eine differenzierte Bewertung unter den Eltern der Heine Schule machte Anja Janker aufmerksam. Sie verwies darauf, dass manche Argumente doch überzogen seien. Sie wohne an der Werderstraße und halte das Überqueren der Straße an einer Fußgängerampel daher für zumutbar. Auch landesrechtliche Gegebenheiten seien im Zuge der Diskussion um Platzverhältnisse und Klassenstärken zu beachten, ergänzte Walther Lederer.

Nestle Werk an Linienverkehr der Stadt anbinden

Die Errichtung des Schweriner Werkes ist die herausragende Wirtschaftsansiedlung in der Landeshauptstadt, wie Fraktionsvize Henning Foerster in seiner Rede betonte. Es entsteht die größte Kaffee Kapsel Fabrik in Europa, in der nach Anlaufen der Produktion 450 Mitarbeiter auf 12 Linien jährlich 2 Milliarden Kapseln herstellen sollen. Die vernünftige Anbindung des Werkes an das Liniennetz des Nahverkehrs Schwerin sei daher, auch mit Blick auf mögliche Erweiterungsbauten oder Folgeinvestitionen anderer Unternehmen im Industriepark Süd unbedingt zu forcieren. Zudem stelle eine vernünftige Anbindung auch eine gewünschte Alternative zur Nutzung des eigenen Kraftfahrzeuges dar. Und da Nestle auch einen Werksverkauf plane, sollte dieser für alle Schwerinerinnen und Schweriner auch ohne eigenen PKW erreichbar sein. Derzeit hake es bei den Gesprächen zwischen den Unternehmen und dem städtischen Nahverkehr. Daher wollte die LINKE ein eindeutiges Signal der Stadtvertretung herbeiführen. Dies gelang nur bedingt, der Antrag wurde von der SPD überwiesen. Diese bevorzugt einen Shuttle Verkehr von bzw. zu bestehenden Haltestellen und dies auch nur zu Zeiten des Schichtwechsels.

Initiativen im Dezember

Auch in der letzten Stadtvertretersitzung 2013 wird die Linksfraktion wieder eigene Anträge platzieren. So geht es um die weitere Optimierung der papierlosen Kommunikation (Ersatz Laptops durch Tablet PC's), Nachfolgeprojekte für Bürgerarbeiter und eine sachgerechte Finanzausstattung der Kommunen. Zudem entscheidet die Stadtvertretung zu den Anträgen „Stern der Vereine" auf dem Großen Dreesch und „Nutzungskonzept für die Brachfläche in Krebsförden".

Reiche Staaten müssen einlenken!



Am Vorabend des Beginns der WTO-Ministerkonferenz forderte Helmut Scholz die entwickelten Staaten zum Einlenken auf. In einer Rede vor der Parlamentarischen Konferenz der WTO warnte der Europaabgeordnete der LINKEN vor den Folgen, wenn immer mehr bilaterale Handelsabkommen zu einer Schwächung des multilateralen Systems führen.
"In Abkommen, wie zwischen der EU und den USA, wollen die stärksten Ökonomien die Standards und Regeln festsetzen, denen der Rest der Welt dann folgen soll. Das wird unweigerlich zu Konflikten führen." Scholz appellierte statt dessen an die Verhandlungsführer der Industrienationen, den berechtigten Forderungen Indiens und vieler Entwicklungsländer entgegen zu kommen. " Die indische Regierung möchte Ernährungssicherheit für 1,3 Milliarden Menschen garantieren können. Kein normaler Mensch kann dagegen sein."
Durch eine Einigung mit Indien in dieser Frage wäre der Weg offen, im Rahmen der WTO auch bei anderen wichtigen Fragen Fortschritte in den Verhandlungen zu erzielen und der multilateralen Ebene wieder ihre Bedeutung zurück zu geben. "Entwicklung sollte im Zentrum der WTO-Verhandlungen stehen. Dazu gehört immer auch eine Asymmetrie zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Nationen. Nutzen wir die WTO, um weltweit soziale Ausbeutung und Raubbau an der Umwelt abzuschaffen."
Am Morgen hatte zuvor das ökonomische Forum einer parallel stattfindenden NGO-Konferenz die Abschaffung der WTO gefordert, da sie weltweit Ernährungssicherheit gefährde und sich zu einer Organisation entwickelt habe, die nur Konzerninteressen vertrete.

Hintergrund:
Zum ersten Mal seit 8 Jahren findet wieder ein WTO-Gipfel außerhalb von Genf statt, dieses Mal im indonesischen Bali. In diesem Rahmen findet auch die Welt-Parlamentarier-Konferenz bei der WTO statt. Helmut Scholz hielt einen der beiden Vorträge, die in der Konferenz dem Europäischen Parlament vorbehalten waren.

Fauler Mindestlohn





"Gewerkschafter enttäuscht von Mindestlohnkompromiss" Dies machten Mitglieder des DGB Stadtverbandes Schwerin am Donnerstag in Schwerin deutlich. In Arbeitskleidung demonstrierten sie vor der Staatskanzlei unter anderem gegen die langen Übergangsfristen bei der Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes. So sieht der Koalitionsvertrag tarifliche Ausnahmen bis 2017 vor. Dies führt dazu, dass kurioserweise gewerkschaftliche organisierte Kolleginnen und Kollegen, die dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages unterhalb von 8,50 EUR unterliegen, schlechter gestellt werden als nichtorganisierte Beschäftigte, die ab 2015 von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes profitieren. Problematisch sei auch, dass die zu bildende Kommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern erst im Sommer 2017 das erste Mal über eine Dynamisierung der 8,50 EUR reden soll. Damit werde der Mindestlohn de facto vier Jahre eingefroren, obwohl man mit Blick auf die gesetzlichen Rentenansprüche heute schon wisse, dass selbst 8,50 EUR zu wenig sind, um den Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter zu vermeiden, so Henning Foerster, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE und Mitglied des DGB Stadtvorstandes, der an der Demo teilnahm.

Realwirtschaft und Banken Wirklich zwei Welten?



So lautete das Motto einer Veranstaltung der Privatbanken Mecklenburg-Vorpommerns. Darunter wurden Fragen diskutiert wie: Was haben Banken, Bankenaufsicht und Politik falsch gemacht? Bis hin zu Fragen für Mecklenburg-Vorpommern-: Was braucht der Mittelstand um sich stärker auf den Export auszurichten? Sind die Banken verlässliche Partner für den Mittelstand? Aber auch die Konsequenzen der Bankenregulierung auf die Mittelstandsfinanzierung wurden thematisiert. In diesem Zusammenhang stand die Frage, ob die bisherigen Regulierungen ausreichen?
Helmut Holter machte deutlich, was Politik leisten kann, aber auch, was er von den Banken erwartet:„Ich erwarte von den Banken, dass sie ihre grundlegenden Funktionen erfüllen:
die Sicherstellung eines zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehrs einschließlich der Bargeldversorgung;
Banken müssen eine verlässliche Anlagestelle für Sparerinnen und Sparer sein;
Unternehmen und Staaten mit möglichst günstigen Krediten versorgen und damit Investitionen in einem breiten Branchenspektrum ermöglichen.
Banken sollen keine hochriskanten Spekulationsgeschäfte betreiben und keine exorbitanten Rendite anstreben.
Banken müssen in erster Linie der Realwirtschaft dienen, nicht ihren Aktionären.

Herzliche Glückwünsche

Die Stadteilorganisation Krebsförden gratuliert ihrem Genossen Andrè Walther zum 25. Geburtstag und wünscht ihm alles erdenklich Gute.

+++++

Herzliche Glückwünsche zum 90. Geburtstag erhalten die Genossinnen
Hilde Müller
am 1.12. und
Ellen Cassube
am 22.12. von ihrer Basisorganisation 506.

+++++

Herzliche Glückwünsche übermittelt die Stadtteilorganisation Genossen
Roland Görtz
zu seinem 50. Geburtstag am 21. Dezember.
Wir wünschen Gesundheit und eine tolle Geburtstagsfeier.

+++++

Die Basisorganisation 321 gratuliert recht herzlich Genossen Joachim Brätsch der am 15.12. seinen 76. Geburtstag begeht und Genossin Monika Bischoff die ihren 65. Geburtstag am 31. 12. feiert.
Die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen.

+++++

Herzlichen Glückwunsch an Genossin Diethild Bendig zu ihrem 86. Geburtstag am 23.12.2013

MEINUNGEN

Eine schwere Geburt

Mehr als neun Wochen nach der Bundestagswahl haben Union und SPD einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Ob daraus letztlich Regierungspolitik wird, ist offen. Die Medien zeigen widersprüchliche Bilder aus der SPD-Basis. So bleibt es spannend und es steht zu vermuten, dass die Spitze der Sozialdemokratie kaum gestärkt aus der Mitgliederbefragung hervorgeht. In den Reihen der CDU hält sich der Jubel in Grenzen, allein Horst Seehofer strotzt vor Selbstgewissheit. DIE LINKE ist bereit, als stärkste Oppositionsfraktion die künftige Bundesregierung unter Druck zu setzen. Zu hoffen ist, dass der Bundestag wenigstens im neuen Jahr seine Arbeit richtig aufnehmen kann, woran ihn CDU/CSU und SPD bislang hinderten.

Unisono verkünden die drei an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien wortreich und wortgleich, der Koalitionsvertrag trage just ihre Handschrift. Das mag für dieses Papier der frommen Wünsche, Absichtserklärungen und Vorbehalte wohl sogar stimmen. Hier liegt kein großer Wurf auf dem Tisch, der einem den Atem verschlägt. Hier haben wir es mit einem romantischen Märchen im Stil und einer auf 180 Seiten aufgeblähten kurzatmigen Verwaltungsvorschrift in der Sache zu tun. Mehr Gerechtigkeit wird die nach langatmigen Verhandlungen entworfene Politik nicht bringen. Anders als im Wahlkampf verkündet, lässt die SPD die Chance verstreichen, einen Einstieg in die Umverteilung von oben nach unten zu finden. Im Koalitionsvertrag finden sich weder höhere Belastungen für die Reichsten im Lande, noch Entlastungen für die Mehrheit oder Zuwächse für jene, die auf soziale Leistungen angewiesen sind. Steuergerechtigkeit? Fehlanzeige. Die Abgabenlast für viele Menschen wird steigen, für sie wird künftig die Losung gelten: weniger Netto vom Brutto!

Nahezu jedem positiven Ansatz folgt der Pferdefuß. Ja, es wird einen Mindestlohn geben, aber in homöopathischen Dosierungen. Ja, es kommt die Mütterrente, aber finanzieren müssen sie allein die Beitragszahlerinnen und -zahler. Ja, eine Lebensleistungsrente ist völlig ok., aber die Zugangsbedingungen sind für viele faktisch unerreichbar und Ost-West-Unterschiede werden fortgeschrieben. Viele sinnvolle Wahlversprechen finden sich nicht wieder, etwa die Bürgerversicherung, Stoppzeichen gegen Mietwucher, der Abbau der Kalten Progression oder die Senkung der Stromsteuer und eine staatliche Strompreisaufsicht. Kein Wort findet sich im Vertrag zu Volksentscheiden auf Bundesebene oder einem alsbaldigen Ende des Kooperationsverbotes in der Bildung. Anderes, so die längst versprochene Ost-West-Rentenangleichung, wird auf die lange Bank geschoben oder – wie die Bekämpfung prekärer Beschäftigung – höchst zögerlich angegangen. Dafür werden fragwürdige Wahlversprechen nun angepackt. Paradebeispiel ist die Maut für „nicht in Deutschland zugelassene PKW“. An dieser verquasten Begrifflichkeit hat sich unlängst schon die Kanzlerin fast die Zunge gebrochen, um den wenig europafreundlichen Ansatz zu umfahren. Schließlich werden fragwürdige Praxen wiederbelebt oder beibehalten, zum Beispiel die „Öffentlich-Privaten Partnerschaften“ anstelle der erforderlichen Rekommunalisierung oder die „Mövenpick-Steuer“. Eine viel zu zögerliche Investitionspolitik wird nicht zur nötigen Belebung des Binnenmarktes führen und generell gilt, dass von so manchem Koalitionsversprechen nichts übrig bleiben wird, wenn sich die Konjunktur nicht wie erhofft entwickelt. Eine mit Lohnverzicht erkaufte Exportkraft kann auf Dauer kein akzeptabler Weg sein, schon gar kein pro europäischer.

Dietmar Bartsch

Mieten sichern

"Der Berg kreißte und gebar ein Mäuschen..."kommentiert Heidrun Bluhm die jetzt bekannt gewordenen Vereinbarungen der Koalitionäre für den Bereich Wohnen, Mieten, Stadtentwicklung. Die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende der LINKEN im Nordosten weiter:

"Aus dem groß angekündigten 'Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen' ist, wie zu befürchten war, eine einziges Mogelpäckchen geworden. Gefüllt mit Handreichungen für Vermieter, wie die ohnehin unwirksame 'Mietpreisbremse' gänzlich ausgehebelt werden kann und wie sämtliche Mieterhöhungsspielräume auch in Zukunft weiter ausgeschöpft und zu Lasten der Mieterinnen und Mieter ausgenutzt werden können. Alles bleibt vage und die konkreten Regelungen, etwa zur Modernisierungsumlage sichern, dass die Modernisierungskosten vollständig durch die Mieterinnen und Mieter zu zahlen sind, während der Wertzuwachs der Wohnung den Eigentümerinnen und Eigentümern zufließt. Die Ankündigungen sind an Schwammigkeit und Unverbindlichkeit kaum zu überbieten. DIE LINKE wird ihre wohnungspolitischen Initiativen für einen echten Mietpreisstopp, für ein Recht auf bezahlbares Wohnen im Interesse der Mieterinnen und Mieter in den Bundestag einbringen".

Kürzlich wurde in Leipzig mit großem Aufwand die Völkerschlacht nachgespielt.-

Wenn so etwas Mode wird, darf man gespannt sein, wie die Schlachten des ersten und zweiten Weltkrieges in Szene gesetzt werden.

Offenbar sind die Deutschen ausschließlich dazu geeignet, Kriege zu spielen. – Den Frieden haben sie irgendwie noch nie so überzeugend rübergebracht

Lieber Barack,

endlich komme ich kurz vor Weihnachten dazu, dir zu schreiben. Es ist nämlich ein Herzenswunsch von mir, dich endlich meiner Freundschaft dir gegenüber zu versichern!

Du weißt, dass uns im Zeichen unserer jahrzehntelangen transatlantischen Verbundenheit noch nie etwas entzweien konnte, und schon gar nicht, dass du mein Handy ausspioniert hast. Wie gefallen dir übrigens meine aktuellen Plätzchenrezepte, die ich an meine Mitarbeiterinnen verschicke? Du merkst daran, dass ich schon wieder mittendrin im Politikmachen stecke, denn beim Kochen und Backen habe ich die besten Einfälle. Ich verwende übrigens zu meiner Soljanka, in die ich mich schon als Kind immer hätte hineinlegen können, keine biologische Zitrone, sondern eine echte. Also, ich meine natürlich keine aus Kunststoff oder so was wie bei euch, sondern eben eine gespritzte, wenn du verstehst was ich meine. Alle anderen Botschaften auf meinem Handy, die irgendwas mit meinem Job beinhalten, sind übrigens uninteressant. Zumindest für mich. Wichtig ist mir nur, dass unsere tiefe Freundschaft nicht zerbricht, und ich habe auch gar nichts dagegen, dass du mich weiter abhörst. Dass du das ganze deutsche Volk ausspionieren lässt, ist mir sowieso egal. Die Aufregung darüber legt sich schon wieder irgendwann. – Außerdem spionieren wir in Deutschland unser Volk noch viel gründlicher aus, das wissen die nur noch nicht. Ich finde es alles in allem sehr angenehm für mich, wenn du meine Sachen mitliest. Dann merkst du vielleicht, wenn ich mal einen Fehler mache beim regieren, das kommt nämlich öfters vor (hihi). In diesem Sinn wünsche ich dir einen schönen Sankt Klaus oder wie das heißt. Und lass dir den Dresdner Weihnachtsstollen gut schmekken, vielleicht kriegst du ihn ja heuer mit Ketchup besser runter. Deine Angela

10. Bundesweite Vorlesetag





Helmut Holter las bei der Kita der Volkssolidarität „Mosaik“ auf dem Großen Dreesch. Er las Geschichten aus den Büchern „Kleine Spinne Widerlich“ und „Wohin mit meiner Wut“ vor. Die beiden Bücher sind nach der vergnüglichen Lesung selbstverständlich in den Fundus der Kita-Bibliothek übergegangen.

Henning Foerster war zu Gast in der Schweriner Kita Pumuckl. Dabei las er aus den Büchern vom kleinen und vom großen Wolf und vom kleinen Eisbären Wolli vor. Anschliessend übergab der Linkspolitiker einen Spendenscheck über 160 EUR für neue, einheitliche Kita T - Shirts.

Frei leben - Keine Gewalt gegen Frauen



Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in unserer Gesellschaft leider weit verbreitet. Sie geschieht häufig im Verborgenen und nur ein Teil der Gewalttaten und Übergriffe finden den Weg aus der privaten Häuslichkeit in die Öffentlichkeit. Es ist für die Betroffenen ein schwieriger Weg, gepflastert mit diffusen Gefühlen von Schuld und Scham, bis sie den Schritt wagen und sich tatsächlich Hilfe und Beratung holen. Um diesen Weg für sie zu erleichtern, ist es erforderlich, ein funktionierendes flächendeckendes Beratungs- und Hilfe- und Schutzsystem bereitzuhalten. Das bestehende Netz muss weiter verbessert werden und stärker auf spezifische Gruppen wie Kinder, Flüchtlingsfrauen und Menschen mit Behinderung ausgerichtet werden. Die Öffentlichkeitsarbeit ist so zu verstärken, dass möglichst viele Menschen für diese Problematik sensibilisiert werden. Häusliche und sexualisierte Gewalt muss raus aus der Tabuzone und öffentlich geächtet werden. Wie viele andere Vereine und Verbände beteiligen wir uns jährlich etwa an der Kampagne ‚Kein Raum für Missbrauch‘ und an der Fahnenaktion der Menschenrechtsorganisation ‚terre des femmes‘, um möglichst viele Menschen zu erreichen.